

ISSN 1611-1583
NR. 4 / 27. JAHRGANG
DEZEMBER 2012
14.00 €

Waterkant

UMWELT + MENSCH + ARBEIT IN DER NORDSEEREGION

WWW.WATERKANT.INFO



1982 - 2012

30th Anniversary

UNITED NATIONS CONVENTION ON THE LAW OF THE SEA

30ème Anniversaire

CONVENTION DES NATIONS UNIES SUR LE DROIT DE LA MER

UNCLOS und die Industrialisierung der Ozeane

► Seite 7 und 12

ILO-Seearbeitsübereinkommen: Bundesregierung zaudert

► Seite 15

Kalibergbau-Abwässer: Werraschutz ist möglich

► Seite 28 und 32

Elbvertiefung • Rysumer Nacken • Atomtransporte • Aus für Fracking? • Folgenreiche Ems-Baggerung

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser...

...das jüngste Album der Rockband „Die Toten Hosen“ enthält unter anderem einen Song, den die Düsseldorfer Band offenkundig ihren Freunden bei der Organisation „Pro Asyl“ gewidmet hat. In diesem musikalisch eindrucksvollen Titel heißt es unter anderem:

„Sie kommen zu Tausenden, doch die Allermeisten

Werden das gelobte Land niemals erreichen.

Denn die Patrouillen werden sie aufgreifen,

Um sie in unserem Auftrag zu deportieren.

Und der Rest, der wird ersaufen

Im Massengrab vom Mittelmeer.

Weil das hier alles kein Märchen ist,

Kein Happy End für all die Leute,

Und wenn sie nicht gestorben sind,

Sterben sie noch heute.“

Es geht in diesen Zeilen unverkennbar um Bootsflüchtlinge aus Afrika. Der Song heißt „Europa“. – Soeben hat die Europäische Union den diesjährigen Friedensnobelpreis verliehen bekommen. Wofür?

Machen wir uns nichts vor: Zum einen sind Nobelpreise niemals prinzipielle Manifeste von Fortschrittlichkeit gewesen – aus eben diesem Grund entstand ja bereits vor Jahrzehnten die „Right Livelihood Award“ der Jakob-von-Uexküll-Stiftung. Zum anderen steht insbesondere der Friedensnobelpreis nicht uneingeschränkt als Anerkennung für jenes zivilgesellschaftliche Engagement, das für Abrüstung oder soziale Gerechtigkeit ebenso konsequent eintritt wie für Umweltschutz oder Gleichberechtigung. Klar gibt es Preisträgerinnen oder Preisträger, die die Auszeichnung auch oder gerade in diesem Sinne verdient haben. Aber in der langen Liste der Friedensnobelpreisträger finden sich eben auch Peinlichkeiten wie die Auszeichnung der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) „für die sichere Nutzung der Atomenergie für zivile Zwecke“; oder für US-Präsident Barack Obama, der es bis heute nicht ernsthaft angepackt hat, das Foltercamp von Guantanamo aufzulösen.

Nun also die „Europäische Union“, gepriesen für ihren Beitrag „zur Entwicklung von Frieden und Versöhnung, Demokratie und Menschenrechten in Europa“ in mehr als sechs Jahrzehnten. Na, toll! Dies ist nicht der Rahmen, um die Geschichte der EU mit all ihren unbewältigten oder gewaltsam gelösten inneren Problemen, ihren Wirtschaftskrisen oder erheblichen sozialen Verwerfungen aufzuarbeiten. Nur ein Hinweis sei gestattet, der mit dieser Zeitschrift und ihren Themen zu tun hat. Sie betrifft den Euro und hier speziell die skandalösen Erpressungen des griechischen Volkes und seiner gewählten Vertreter durch Brüssel (Berlin, Paris...) und die Weltbank:

Griechischen Reedern gehören 3214 Handelsschiffe und damit 13,2 Prozent der Welthandelsflotte, die griechische Flagge weht aber nur an den Hecks von deutlich weniger als vier Prozent der Handelsschiffe (wegen unterschiedlicher Statistiken lassen sich die betreffenden Zahlen nicht exakt vergleichen). Über Banken-Rettungsschirme und damit einhergehende soziale Belastungen für Millionen BürgerInnen wird diskutiert – wieso eigentlich nicht über eine Zwangsrückfluggung zur steuerlichen Sanierung des griechischen Staatshaushalts? Klar, dass nicht nur griechische Reeder aufheulen würden, aber ist das wirklich ein Argument gegen solche Vorschläge?

Apropos Seeschifffahrt: In dieser Ausgabe ist die Rede vom Gerangel um das Seearbeitsübereinkommen (Marine Labour Convention, MLC) der ILO, das den Seeleuten der Welt ein wenig mehr als bislang zu angemessenen Rechten und Löhnen verhelfen soll. Lediglich ein Drittel der EU-Mitgliedsstaaten hat die MLC bislang ratifiziert – aber da geht es ja auch nur um soziale Rechte. Und die spielen bei Geldtransporten ja eher eine untergeordnete Rolle.

Nein, das ist kein Schreibfehler: Soeben hat der Bundestag beschlossen, dass Schiffe unter deutscher Flagge künftig auch von privaten Bewachungsunternehmen eskortiert werden dürfen. Um die „massive Bedrohung für Leib und Leben der Seeleute“ durch die „weltweit stark gestiegene Piraterie“ soll es dabei gegangen sein? Denkste! Der FDP-Abgeordnete Thorsten Staffeldt brachte die Sache in perverser Offenheit auf den Punkt: „Nun ist eine Regelung geschaffen, die der Handhabung von Geldtransporten an Land vergleichbar ist.“ – Von wegen Frieden und Freiheit...

In einem Schwerpunkt dieses Hefts werden das Seerechtsübereinkommen der UNO und das aktuelle

maritime EU-Grünbuch erörtert. Unter anderem wird die Ressourcen-Gier (nicht nur) europäischer Staaten und Unternehmen thematisiert; sie ist gerichtet auf die Ozeane dieser Welt und auf die Küstenzonen anderer Länder: Denn deren verbriefte Rechte sind ja bekanntlich käuflich oder erpressbar. Ein aktuelles Beispiel dazu liefert die Initiative „Western Sahara Resource Watch“ (WSRW), in Deutschland vertreten durch die Zeitschrift „Kritische Ökologie“ (siehe Seite 40). Die WSRW mobilisiert gegen die EU-Kommission, weil diese gerade dabei ist, sich weiterhin die Fischereirechte vor der Küste der von Marokko besetzten Westsahara zu erschleichen (<http://www.fishelsewhere.eu/a142x1394>).

Glaubt wirklich irgend jemand, dass der Griff Europas nach Fischbeständen, Öl- und Gasvorräten, Manganknollen und sonstigen Meeres- und Küstenressourcen anderer Länder und entfernter Ozeane weiter geht, ohne dass irgendwann „unsere“ (!) Interessen nicht nur am Hindukusch, sondern etwa auch im Pazifik verteidigt werden müssten? Machen wir uns nichts vor: Die EU ist in konsequenter Fortentwicklung von einem Wirtschaftszweckbündnis längst zu einer Art Militärpakt mutiert; zumindest verfügt sie über erhebliches Potenzial, außerhalb ihrer Grenzen nach Belieben zu intervenieren, Sanktionen gegen Widersacher oder unbotmäßige Partner durchzusetzen und massive neoliberale Handelspolitik zum Nachteil anderer Länder und Völker zu erzwingen.

Und dazu gehört es eben auch, sich massiv und unter Einsatz modernster Technik abzuschotten, was zumindest im Süden – und irgendwann auch an anderen Grenzen – zwangsläufig mit maritimer Militarisierung einhergehen muss. Vor knapp drei Jahren hat WATERKANT über die „Initiative ziviles Bremen“ (<http://zivilis-bremen.noblogs.org/>) berichtet, die unter anderem gegen die Verknüpfung von Umweltforschung mit militärischer Nutzung und Grenzüberwachung mobilisiert. Leider werden derartige Aspekte europäischer Politik immer noch viel zu selten wahrgenommen. Da ist der Friedensnobelpreis – so unberechtigt seine Verleihung an die EU auch scheinen mag – eine feine Sache, weil dieses Ereignis auch dazu beiträgt, dass kritische Stimmen gehört und in Medien wiedergegeben werden. Beispielsweise die der Organisation „medico international“, die jedes gekenterte Flüchtlingsboot als „Anklage“ bezeichnete und der EU eine Pervertierung des Freiheitsgedankens bescheinigte.

Ein friedliches neues Jahr wünscht

Burkhard Ilschner